

Deutscher Gewerkschaftsbund
Region Köln
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirk Köln

Kommunalpolitische Leitsätze der Kölner Gewerkschaften

Fassung zur Beschlussfassung in den Vorständen
von ver.di Köln am 22.September
des DGB Köln am 29.September 2003

1. Wir für Köln

1.1. Haushalt konsolidieren – Lasten gerecht verteilen

Die Krise der öffentlichen Haushalte hat Köln erreicht. Die schlechte Wirtschaftslage, hohe Ausgaben für Sozialhilfeempfänger, Senkungen der Unternehmenssteuern, das Wegbrechen der Gewerbesteuer aber auch neue Aufgaben zu Lasten der Kommune haben – neben hausgemachten Problemen – auch Köln an den Rand des Ruins getrieben. Köln hat ein Defizit von rund 320 Mio Euro. Die Stadt hat einen Schuldenberg von 3 Mrd. Euro.

Der **Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaften** hätte nur kurzfristig Löcher geschlossen und die Lasten der Konsolidierung einseitig auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt.

Notwendig ist ein langfristig angelegter und nachhaltiger Kurs der Haushaltskonsolidierung durch mehr Einnahmen und geringere Ausgaben.

Gemeinsam und parteiübergreifend müssen alle politisch Verantwortlichen sich dafür einsetzen, dass durch eine Wiederbelebung der **Körperschaftssteuer**, eine neue und stabile **Gewerbesteuer** und die finanzielle **Entlastung** der Kommunen von den Kosten für die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger die Gemeindefinanzen stabilisiert werden, ohne den Kommunen neue Lasten aufzubürden. Die Gewerkschaften fordern zudem die Erhebung der **Vermögenssteuer** durch das Land, um Bildungsinvestitionen der Kommunen zu finanzieren.

Darüber hinaus kann die Stadt auch in Zukunft nicht auf **Einnahmen aus den Erträgen des Stadtwerke Konzerns** verzichten. Der Stadtwerke Konzern sorgt nicht nur für eine kostengünstige öffentliche Infrastruktur, er trägt auch zur Stabilisierung des städtischen Haushalts bei. Eine Privatisierung würde nur kurzfristig Erträge in die Kassen spülen. Mittel- und langfristig müsste die Stadt auf eine wichtige Einnahmequelle verzichten.

Die Stadt muss auch in Zukunft die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten. Wirtschaft, Soziales, Bildung und Kultur und eine gute und effiziente Verwaltung sind für die Entwicklung der Stadt wie die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar.

Die Stadt trägt aber auch die Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt, für die Lebensqualität in den Stadtvierteln, für bezahlbaren Wohnraum, für eine gute und hochwertige öffentliche Infrastruktur.

Haushaltskonsolidierung muss Schwerpunkte setzen. Die **Förderung neuer Arbeitsplätze**, der soziale Zusammenhalt sowie Bildung und Kultur gehören dazu.

In den Stadtvierteln, in denen die sozialen Probleme am größten sind, müssen Einsparungen besonders gründlich überprüft werden.

Die Rückführung der überhöhten Kosten für Mieten und Pachten (zweitgrößter Etatposten) sowie mehr Transparenz und Kostenbewusstsein bei der Vergabe öffentlicher Aufträge führen zu Einspareffekten.

Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften sind an Umstrukturierungen in der Verwaltung und den **städtischen Betrieben und Unternehmen** von Anfang an zu beteiligen.

Haushaltskonsolidierung bietet aber auch neue Chancen, um sich in Köln über den Rat und die Verwaltung hinaus darüber zu verständigen, wie die Zukunft Kölns in Zukunft aussehen soll. Nicht nur im Leitbildprozess, der auf einer sehr abstrakten Ebene Ziele definiert, sondern konkret für die nächsten Jahre müssen Entwicklungsziele und Schwerpunkte im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet werden. Ein **Bürgerhaushalt** wie ihn andere Kommunen kennen, **Bürgerforen** zur Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur sind neue Wege der Bürgerbeteiligung, die mutig erprobt werden sollten. Bürgerbeteiligung auf gleicher Augenhöhe schmälert nicht die Verantwortung und die Entscheidungskompetenz von Rat und Verwaltung. Im Gegenteil: Je mehr Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden, desto besser und kompetenter können Meinungs- und Willensbildungsprozesse gestaltet werden.

1.2. Unsere Verantwortung: Soziale Gerechtigkeit in einer lebenswerten Stadt

Wir Gewerkschaften in Köln nehmen unsere Verantwortung für die Gestaltung der Arbeits- und der Lebensbedingungen der Kölner Bevölkerung sehr ernst.

Wir engagieren uns für eine lebenswerte Stadt, in der alle gleiche Chancen auf Teilhabe an Bildung, Kultur und dem gesellschaftlichen Leben haben. Wir setzen uns dafür ein, dass alle eine menschenwürdige und existenzsichernde Erwerbsarbeit ausüben können.

Zugleich vertreten die Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Unternehmen und Verwaltungen. Das waren und sind keine Gegensätze – im Gegenteil: Gewerkschaftliche Interessensvertretung und Gemeinwohlorientierung gehören zusammen.

Mit diesem Ziel haben der DGB Region Köln und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – Bezirk Köln diese kommunalpolitischen Leitsätze erarbeitet.

Wir möchten sie in den kommenden Monaten mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern, mit Verbänden und Initiativen, mit der Wirtschaft vor allem aber mit der Politik diskutieren.

Die Parteien werden im kommenden Jahr um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler werben. In der guten Tradition der Einheitsgewerkschaft erwarten wir von allen demokratischen Parteien, unsere Vorschläge in ihre Willensbildung einzubeziehen.

2. Arbeit für Köln:

2.1. Existenzsichernde Erwerbsarbeit für alle

In Köln sind derzeit rund 60 000 Menschen arbeitslos gemeldet. Das sind rund 12 %. Besonders ältere Menschen, junge Menschen ohne Qualifikation und Menschen mit Migrationshintergrund suchen derzeit vergeblich eine Arbeit. Dennoch ist der Kölner Arbeitsmarkt weder starr noch verkrustet und überreguliert. Vielmehr konnten allein im letzten Jahr durch private Initiative und durch das Arbeitsamt rund 80 000 Menschen eine neue Arbeit finden.

Wir Gewerkschaften engagieren uns dafür, dass es für jeden und jede die Möglichkeit gibt, sich durch die Ausübung einer **existenzsichernden Erwerbsarbeit** den Lebensunterhalt zu verdienen.

Diese Vision verbinden wir mit der Forderung nach **menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und einer gerechten Entlohnung**, weil nur so die Menschen eine reale Chance auf Selbstbestimmung und Selbstgestaltung ihres Lebens haben.

In Köln sind rund 468 000 Frauen und Männer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dank unserer Tarifpolitik haben die meisten Kölnerinnen und Kölner eine gut bezahlte Arbeit.

Aber daneben wächst der Sektor unsicherer und befristeter Arbeit. Der **Niedriglohntsektor** weitet sich aus. Manche arbeiten unter entwürdigenden Arbeitsbedingungen, werden illegal beschäftigt und ausgebeutet.

Die Gewerkschaften werden soweit wie möglich auch prekäre und ungesicherte Arbeit schützen und Druck machen, um Ausbeutung zu beenden. Aber auch die Kommune muss durch die Beachtung der Vergaberichtlinien und des Tariftreuegesetzes aber auch durch die Gewerbeaufsicht Ausbeutung und illegale Beschäftigung verhindern.

Die Möglichkeit der Erwerbsarbeit für alle schließt ausdrücklich die **gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern** an der Erwerbs- wie an der Familienarbeit ein

Um die Erwerbsarbeit als Kern auch einer künftigen Arbeitsgesellschaft, gruppieren sich andere Formen der Arbeit. Diese müssen stärkere öffentliche Anerkennung erfahren und gefördert werden. Dazu gehört die Arbeit in der Familie und anderen Lebensgemeinschaften, das ehrenamtliche Engagement in der Kommune, in Gewerkschaften, Initiativen, Parteien, Vereine usw. Dies kann aber auch eine selbstorganisierte Tätigkeit für ein Stadtviertel sein.

Die Arbeit der Zukunft wird aber noch weit umfassender bestimmt werden müssen. Bildung ist mehr als Qualifizierung, Tätigkeit bedeutet mehr als künstlerische, kulturelle, soziale, handwerkliche Arbeit. Politisches und gesellschaftliches Engagement umfasst mehr als das herkömmliche Verständnis von Ehrenamt. Im Reich der Notwendigkeit scheint auch immer eine Vision der Freiheit, der nicht entfremdeten Arbeit auf.

2.2. Ein kommunales Bündnis für Arbeit

Die Hauptursache der Arbeitslosigkeit ist der **Mangel an Arbeitsplätzen**. Die schwache Binnenkonjunktur führt dazu, dass Kölner Unternehmer fast aller Branchen Arbeitskräfte entlassen oder keine neuen Arbeitskräfte mehr einstellen. Der **Strukturwandel** von der Industrie – zur Dienstleistungs- und Medienwirtschaft hat sich deutlich verlangsamt. Es bröckelt in fast allen Branchen. Diese Entwicklung wird durch den rigorosen **Personalabbau** verstärkt, mit denen Unternehmen die Kapitalrendite steigern und den Wert der Aktie erhöhen wollen sowie durch gravierende unternehmerische Fehlentscheidungen. Zudem führt die restriktive Kreditvergabe der Geldinstitute zu Insolvenzen vor allem bei kleineren und mittleren Unternehmen,

Es ist höchste Zeit, dass die Stadt Köln gemeinsam mit der Region eine beschäftigungspolitische Initiative ergreift, die **Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung** mit der Qualifizierung und der Integration in den 1.Arbeitsmarkt verknüpft und ein Bündnis für Arbeit schmiedet, in dem alle Akteure in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt gemeinsam die Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze verbessern.

In diesem Bündnis muss die Stadt eine dreifache Verantwortung wahrnehmen:

- Sie entscheidet in der Verwaltung wie im Stadtwerke Konzern über die Zukunft von rund 40 000 Arbeitsplätzen
- Sie sorgt durch ihre Investitionen für wirtschaftliche Dynamik und Arbeit in vielen Bereichen der Kölner Wirtschaft und stellt damit Weichen für die Zukunft
- Sie trifft wesentliche Entscheidungen in der kommunalen und regionalen Strukturpolitik und der Wirtschaftsförderung.

Sie muss im kommunalen Bündnis für Arbeit daher eine aktive Rolle wahrnehmen aber auch die Beiträge der Wirtschaft und andere Akteure auf dem Arbeitsmarkt einfordern. Die Gewerkschaften werden sich an einem solchen Bündnis aktiv beteiligen.

2.3. Das Netzwerk Industrie stärken und ausbauen –

Auch in Zukunft wird die industrielle Produktion die Basis für zahlreiche unternehmensnahe und unternehmensbezogene Dienstleistungen bleiben.

Die Verschiebung des Beschäftigungszuwachses vom Industrie- zum Dienstleistungssektor wurde durch die Ausgliederung zahlreicher Dienstleistungen aus den Industrieunternehmen und/oder durch das Entstehen neuer Dienstleistungsangebote für die Industrie bewirkt.

Die traditionellen Branchen der Region – Chemie, Pharmazie, Kraftfahrzeugbau, Maschinenbau modernisieren sich mit rasanter Geschwindigkeit. Neue Industriezweige wie die Bio- und Gentechnologie oder die IT Branche sind hinzugekommen und können von den Forschungs- und Innovationspotentialen der Region profitieren.

Forschung und Innovation, industrielle Produktion und industrienaher Dienstleistungen bilden ein Netzwerk, das in der Region weiter entwickelt werden muss.

Eine vorausschauende Beschäftigungspolitik muss **industrielle Netzwerke** fördern, Cluster in den Wirtschaftsbereichen Mobilität und Logistik, neue Werkstoffe, Pharmazie, IT und Medien sowie **metropolitane Dienstleistungen** aufbauen und für die notwendige Infrastruktur einschließlich der Flächen sorgen.

Dafür bedarf es eines gezielten Clustermanagements. Dabei versteht sich Clustermanagement nicht als ein Top Down Prozess, sondern als Prozess, der Verflechtung und Verdichtung vorhandener informeller Beziehungen und Netzwerke.

Die Stadt wie die gesamte Region Köln sollen ihre Initiativen an einem Leitbild moderner und zukunftsweisender industrieller Netzwerke orientieren. Unter diesem Leitbild müssen sich die Akteure abstimmen und gemeinsame Struktur-Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik zu betreiben. Dazu gibt es zahlreiche Vorarbeiten und Projekte – diese müssen jedoch sinnvoll miteinander verbunden werden.

Im Rahmen einer **gezielten Strukturpolitik** des Landes für die Region Köln – Bonn müssen die Kommunen, Wirtschaft und Gewerkschaften kooperieren. Im Unterschied zum Ruhrgebiet fehlt eine übergreifende Kooperation der Kommunen, des Regierungsbezirks und des Landes. So werden mögliche Synergieeffekte nicht genutzt und Beschäftigungschancen vertan. Vor allem der Ausbau des Verkehrskreuzes Köln mit einer integrierten Logistik auf der Schiene, dem Wasser, der Straße und durch die Luft birgt große Potenziale für neue Arbeit. Darum müssen die Projekte für die Anbindung der Messe an den ICE Bahnhof Köln Deutz, der Hafenausbaue Niehl und Godorf sowie der Ausbau des Autobahnringes, die Nord- Süd U- Bahn und der Ausbau des Flughafens zum Logistikkreuz.

2.4. Dienstleistungen entwickeln

Köln wird auch in Zukunft ein **Standort für Finanzdienstleistungen** bleiben. Jedoch wird deren Entwicklung noch stärker von überregionalen und globalen Entwicklungen abhängen als dies bisher der Fall war. Dennoch hat die Stadt mit den Sparkassen einen wichtigen Hebel, um auch den Finanzplatz Köln zu sichern und auszubauen. Die Sparkassen betreiben Wirtschaftsförderung in großem Ausmaß. Diese Aktivitäten müssen mit der kommunalen und regionalen Politik für Wachstum und Beschäftigung verzahnt werden.

Die Stadt selbst sollte gegenüber den Zentralen von Banken und Versicherungen auf einer **Standortsicherung** bestehen. Immerhin gehören diesen Instituten wertvolle Grundstücke in der Kölner Innenstadt, wurde ihren Bedürfnissen häufig Rechnung getragen.

Im Interesse der Kunden und Arbeitnehmer, insbesondere im mittelständischen Einzelhandel, wird eine weitere Verschärfung des Konzentrationsprozesses durch zusätzliche Verkaufsflächenexpansion – wie zuletzt in Kalk – abgelehnt.

Der wohnortnahe fußläufig erreichbare Einzelhandel ist hingegen zu fördern.

Durch den **Ausbau des Hotel- und Gaststättengewerbes**, die Förderung von Messen und Kongressen, sportlichen und kulturellen Events wächst der

Dienstleistungssektor, der um diese Wirtschaftssegmente entsteht. Dabei muss die Stadt darauf achten, dass keine Überkapazitäten aufgebaut werden und eine sinnlose Konkurrenz mit anderen Städten unterbleibt. Wettbewerb fördert gerade die Entwicklung dieses Sektors jedoch darf nicht zu einer ruinösen Konkurrenz führen.

Die Vertreter der Stadt in den Aufsichtsgremien der Koelnmesse-Gruppe sind aufgefordert, alles zu unternehmen, den Standort Köln und den Ausbau des Messegeschäftes vor Ort zu sichern. Die Stadt Köln sowie die von der Messe direkt abhängigen Dienstleistungsbranchen wie Hotels und Gaststätten, Handwerksbetriebe, Taxigewerbe, ÖPNV usw. profitieren direkt von der Umwegrentabilität der Koelnmesse-Gruppe. Alle Bestrebungen, dieses öffentliche Instrument der Wirtschaftsförderung zu privatisieren, sind zurück zu weisen. Private Investoren haben kein Interesse an den sozioökonomischen Effekten eines Messebetriebes vor Ort – nach deren Vorstellungen können Messen profitabel überall und nicht nur lokal durchgeführt werden.

2.5. Medienstandort langfristig sichern

Köln und das Umland haben sich zu einem der bedeutendsten **Medienstandorte** in Deutschland entwickelt. Auch hier war ein traditionelles Medienunternehmen – der WDR – das Fundament, auf dem sich zahlreiche Dienstleister und Anbieter für die Medien entwickelt haben. Mit der Ansiedlung von RTL und anderer Sender sowie Produktionsgesellschaften ist dieses Marktsegment schnell gewachsen. Auch die Printmedien versuchen in neue Bereiche vorzudringen.

Die Entwicklung eines Clusters Medien wurde von den Kommunen und Kreisen, vom Land und von privaten Investoren tatkräftig gestützt. Engpässe gab und gibt es in der Aus- und Weiterbildung, da viele in den Medien Beschäftigte angelernte Arbeitskräfte sind.

Die vielfältigen Initiativen und Netzwerke der Stadt zur **Förderung der Medienwirtschaft** bieten trotz der Krise weiterhin eine gute Grundlage, um die notwendigen Vernetzungen der Akteure zu sichern. Die Gewerkschaften sollten in diese Netzwerke einbezogen werden, um mehr Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der Beschäftigten im Medienbereich nehmen zu können. Für die zahlreichen freiberuflich Tätigen bieten Gewerkschaften Information, Rat und Unterstützung vor allem in Fragen des Arbeits- und Sozialrechtes sowie der Qualifizierung an.

2.6. Beschäftigung und Qualifizierung besser verbinden –

Die bisherigen Ergebnisse der Reform der Arbeitsmarktpolitik durch den Bundesgesetzgeber sind enttäuschend. Statt Arbeitslose mehr zu fördern und besser und schneller zu vermitteln, werden auf ihrem Rücken der Haushalt des Bundes und der Bundesanstalt für Arbeit saniert. Leistungskürzungen und unsinnige Kontrollen für Arbeitslose, Kürzungen sinnvoller Förderprogramme für Jugendliche, Behinderte und gering qualifizierte Arbeitslose, die Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die Weiterbildung haben die Lebensbedingungen und Arbeitsmarktchancen vieler Arbeitsloser auch in Köln drastisch verschlechtert.

Die ununterbrochene Welle von Gesetzesänderungen (seit Januar 2002 mittlerweile 3 Gesetze und im Jahre 2004 werden noch weiter 2 Gesetze in Kraft treten) gefährden die Funktionsfähigkeit des Kölner Arbeitsamtes.

Akut gefährdet ist das trotz aller Mängel sinnvolle Modell der Kooperation von Sozialamt und Arbeitsamt. Wenn das 3. und 4. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in Kraft tritt, dann werden zukünftig Arbeitslose mit guter Qualifikation möglichst schnell vermittelt, Arbeitslose mit geringer Qualifikation vor allem mit Druck und Leistungskürzungen in Niedriglohnbereiche abgedrängt werden. Das Modell des Kölner Job Centers muss in seinen Grundzügen erhalten bleiben. Es muss für alle, die Arbeit suchen ein einheitliches und lückenloses System der Unterstützung und Förderung sowie der Vermittlung in den 1.Arbeitsmarkt in zumutbare und existenzsichernde Jobs geben.

Die Kölner Gewerkschaften haben sich auch in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern Köln und dem Arbeitsamt seit Jahren für bessere Dienstleistungen und eine effiziente Mittelverwendung der Arbeitsförderung eingesetzt. Mit einem jährlichen Arbeitsmarktprogramm werden Schwerpunkte beschrieben, für die Vergabe von ABM Qualitätskriterien aufgestellt.

Die Kölner Gewerkschaften setzen sich für eine **enge Verzahnung von Beschäftigungs-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik** ein. Die enge Kooperation aller Akteure auf dem Arbeitsmarkt ist der beste Weg, um Krisen vorzubeugen, zukünftige Beschäftigungsmöglichkeiten schnell zu erkennen, Qualifizierung und Vermittlung besser auszurichten und Mittel der Arbeitsförderung zielgenauer einsetzen zu können. Die Stadt muss sich dafür einsetzen, dass auch gering Qualifizierte und Behinderte eine faire Chance auf dem Kölner Arbeitsmarkt haben.

2.7. Stadtteilbezogene Ökonomie / 2. Arbeitsmarkt und andere Tätigkeitsformen unterstützen

Trotz aller Bemühungen wird es nicht gelingen, alle Menschen mit geringer Qualifikation oder anderen Benachteiligungen in den 1. Arbeitsmarkt zu integrieren. Diese Menschen wollen aber arbeiten oder sich zumindest in einer Form betätigen, die ebenso anerkannt und respektiert wird, wie die Arbeit im 1. Arbeitsmarkt.

Das Projekt „Soziale Stadt“ mit seinen stadtteilbezogenen Projekten muss daher erhalten und weiterentwickelt werden.

Sinnvolle und in Teilbereichen auch **wertschöpfende Arbeit im sozialen und kulturellen Bereich** der Stadtteile, wie die Stadtteilverschönerung, die Mitarbeit bei der Stadtranderholung, einfachen Dienstleistungen für Vereine und Initiativen sind sinnvolle Betätigungsfelder. Mit dieser Arbeit wird die Lebensqualität, in den Stadtteilen, für die dort lebenden Menschen ohne großen finanziellen Aufwand verbessert.

Mit dem „Kölner Modell“ sind schon viele sinnvolle Initiativen angestoßen worden. Kommune, Arbeitsamt aber auch Kirchen, Verbände und viele freiwillige Unterstützer sollten begleitet von Gewerkschaften und Arbeitgebern solche Initiativen weiter fördern und in ein Netzwerk der Hilfe zur Selbsthilfe einbinden.

3. Öffentliche Daseinsvorsorge – qualitative Dienstleistungen

3.1. Öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten

Köln bietet allen Bürgerinnen und Bürgern trotz aller Mängel und Probleme eine umfassende und **gute öffentliche Daseinsvorsorge**. Davon profitieren alle Menschen in Köln unabhängig von ihrer sozialen Stellung, ihrem Einkommen, ihrer Bildung, ihrer Kultur und ihrer Staatsbürgerschaft. Wenn Köln heute im Strukturwandel der Wirtschaft, in den Umbrüchen auf dem Arbeitsmarkt, angesichts vieler Probleme und Herausforderungen und trotz der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte immer noch im Wettbewerb bestehen kann und vielen – wenn auch nicht allen - Menschen gute Lebensbedingungen ermöglicht, dann durch die **Qualität seiner öffentlichen Dienstleistungen**.

Darum kann und muss die **Stadt** auch in Zukunft ihre **Verantwortung** für die öffentliche Daseinsvorsorge in allen Bereichen wahrnehmen. Die Stadt darf sich nicht allein auf hoheitliche Aufgaben, auf gesetzliche Aufgaben und eine soziale Minimalversorgung zurückdrängen lassen. Zur „wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Betreuung der Bürger“ gehören in einer modernen Stadt insbesondere die Förderung des Wirtschafts – und Beschäftigungsstandortes, Bildung und Kultur, bezahlbarer Wohnraum, eine gute öffentliche Infrastruktur, Energie- und Wasserversorgung, der Öffentliche Personennahverkehr, Ver- und Entsorgung und die gesundheitliche Grundversorgung

Die Bestrebungen auf der europäischen wie der internationalen Ebene (Grünbuch zur öffentlichen Daseinsvorsorge bzw. GATS Verhandlungen) weite Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge zu handelbaren Dienstleistungen zu erklären und dem uneingeschränkten Wettbewerb zu unterwerfen, verfolgen wir mit großer Sorge. Eine weit gehende Liberalisierung der Märkte für öffentliche Dienstleistungen einschließlich der Bildung würde politischen Entscheidungsrechte der Kommunen auf ein Minimum reduzieren. Ob die von Privaten angebotenen Dienstleistungen in jedem Fall qualitativ besser wären, ob Sozial- und Umweltstandards eingehalten werden, ob die Dienstleistungen auch kostengünstiger wären, kann dann nicht mehr in jedem Einzelfall entschieden werden. Die Kommunen wären gezwungen, die Dienstleistungen generell auszuschreiben. An die Stelle politischer Entscheidung und vernünftiger Abwägung träte dann der blinde Glaube an die Wirkung der Marktmechanismen. Darum muss auch in Köln die Debatte über die Veränderungen auf der europäischen und der internationalen Ebene intensiv geführt und Öffentlichkeit umfassend von der Kommune wie von den Mandatsträgern auch des Bundestages wie des Europäischen Parlamentes informiert und beteiligt werden.

Es sind vor allem die **Beschäftigten der Stadtverwaltung und der städtischen Betriebe und Unternehmen**, die diese qualitativ hochwertigen Dienstleistungen erbringen. Sie haben ein Interesse an menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, gerechtem Entgelt, Weiterbildung und fairen Aufstiegschancen. Sie sind offen und bereit zu Reformen und haben in der Vergangenheit durch ihre Arbeit den Abbau von 25 % des Personals sowie zahlreiche Neugliederungen und Ausgliederungen aufgefangen. Darum bleibt die **Mitbestimmung** der Personal- bzw. der Betriebsräte und der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten für eine moderne Stadt

unverzichtbar. Die Anerkennung der Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften bleibt die Grundlage für Reformfähigkeit und Zusammenarbeit.

Der Stadtwerke Konzern trägt wesentlich dazu bei, dass die **öffentliche Infrastruktur, der ÖPNV** und Güterverkehr, dass Ver- und Entsorgung in Köln auf einem hohen Niveau und mit hoher Rentabilität gewährleistet wird.

Darum muss er in seiner Substanz erhalten bleiben. Es kann nicht sein, dass politische Fehlentscheidungen von Bund und Land und eine falsche Haushaltspolitik dadurch ausgeglichen werden, dass der **Stadtwerke Konzern** ausgehöhlt und auf Dauer finanziell geschwächt wird. Der Verkauf von Teilen des Konzerns an Private würde einmalige Erlöse bringen, die Finanzkraft Kölns aber nachhaltig schwächen. Trotz der Notlage des Haushaltes ist nach wie vor richtig, dass eine Sanierung durch Vermögensverzehr auf Dauer der falsche Weg ist.

Die Stadt braucht angesichts des Wohnungsmangels nach wie vor die städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Alle Versuche, sie stückweise zu privatisieren, schaden den Bürgerinnen und Bürgern.

Aber auch **Ausgliederung und Privatisierung** von Teilen der Verwaltung schadet den Bürgerinnen und Bürgern. Notwendige Dienstleistungen würden unter dem Gesichtspunkt der Maximierung des privaten Gewinns teurer, ihre Qualität wird sinken und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten werden sich verschlechtern.

Eine materielle Privatisierung der Kliniken muss durch eindeutige Verträge verhindert, die **Rechte der Beschäftigten** gesichert werden. Die Gesundheitsversorgung der Kölner Bevölkerung muss nach wie vor Vorrang vor Wirtschaftlichkeitserwägungen haben.

In welcher Rechtsform die Stadt Köln ihre Verantwortung wahrnimmt, ob durch die Stadtverwaltung selbst oder in einer anderen öffentlich rechtlichen oder gemeinnützigen oder privatrechtlichen Form, muss jeweils geprüft und politisch entschieden werden. Dabei müssen sich Rat und Verwaltung darüber im klaren sein, dass die private Rechtsform der Entscheidungskompetenz der Politik Grenzen setzt. In jedem Fall aber müssen die Rechte der Beschäftigten gesichert und der Einstieg in eine materielle Privatisierung verhindert werden. Köln hat gute Erfahrungen mit der kommunalen Wirtschaft gemacht. Hier wurden und werden hohe Erträge erwirtschaftet, die den Haushalt der Stadt stabilisieren und auch jetzt erheblich dazu beitragen, dass die Stadt ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen konnte. Der Verkauf des Stadtwerkekonzerns oder seiner wesentlichen Unternehmen brächte eine kurzfristige Entlastung, würde aber mittelfristig die Haushaltslage verschärfen.

Auch **Cross Border Leasing Geschäfte** bergen für die öffentliche Daseinsvorsorge erhebliche Risiken. Gefahr einer nachträglichen Haftung für Schäden an den verleasten Gütern, die Undurchschaubarkeit der Verträge, erfordern in jedem einzelnen Fall eine sorgfältige Prüfung durch die Unternehmensorgane, eine umfassende Information des Rates und eine klare Entscheidung der Politik. Zudem stellt sich die Frage, ob es dem Gemeinwohl dient, wenn sich deutsche Kommunen zu Lasten amerikanischer Steuerzahler kurzfristige finanzielle Vorteile verschaffen.

In jedem Fall muss die **politische Verantwortung** für die öffentliche Daseinsvorsorge und die Entwicklung der Stadt weiterhin vom Rat wahrgenommen

werden. Es widerspricht der Demokratie, wenn wesentliche Entscheidungen über die öffentliche Daseinsvorsorge in die Grauzone zwischen Politik und Unternehmen verschoben werden. Auch muss der Rat immer wieder prüfen, ob nicht durch eine Verlagerung öffentlicher Aufgaben in privatrechtliche Unternehmungen seine Kontroll- und Haushaltsrechte sowie Vorschriften der **Vergabeordnung** und der **Tariftreue** wirkungslos werden. Politik muss die öffentliche Wirtschaft stärken und erhalten. Zur Zeit Tendenz zu Privatisierung; das muss unterbleiben.

3.2. Verkehrsinfrastruktur und ÖPNV modernisieren

Die Möglichkeit für Menschen, andere Menschen über weite Entfernungen aufzusuchen, soziale Kontakte zu pflegen, an kulturellen, sportlichen Ereignissen teilzunehmen, Freizeit zu gestalten ist ein Wert an sich.

Mobilität, um Arbeitsplatz und Schule und Hochschule zu erreichen, um einzukaufen, aber auch um Güter und Waren zu transportieren, ist für die Stadt und die Region als Raum für Arbeit, Bildung und Wirtschaft unverzichtbar.

Darum gehört die **Gewährleistung der Mobilität**, gehört die Verkehrspolitik zum Kernbereich politischer Verantwortung und öffentlicher Daseinsvorsorge.

Die **Verkehrspolitik der Stadt Köln** muss

- den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen Rechnung tragen,
- Arbeit und Wirtschaft, Bildung und Kultur sowie die Lebensqualität der Stadt fördern,
- ein Gesamtverkehrssystem schaffen, in dem sich die Verkehrsträger mit ihren jeweiligen Vorteilen optimal ergänzen und eine volkswirtschaftlich günstige Verkehrsaufteilung erreichen,
- einen Verkehrsinfarkt durch den motorisierten Verkehr vermeiden
- dazu beitragen, die Luft- Boden- und Wasserverschmutzung, die Lärmbelastung, den Flächen- und Energieverbrauch zu reduzieren
- den Ausbau der Infrastruktur mit der Verkehrssteuerung verbinden.

Der Ausbau, die Weiterentwicklung der Qualität und die finanzielle Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs muss dabei Vorrang haben. Trotz mancher Mängel gehören die KVB und der VRS zu den leistungsfähigsten Verkehrsunternehmen in Deutschland. Engpässe, die durch unterlassene Baumaßnahmen entstanden sind, müssen in absehbarer Zeit beseitigt werden. Der Vorrang für Bus und Bahn muss weiter gesichert werden. Auch bei der Preisgestaltung, im Service für die Kunden und in der Planung neuer Angebote gehören mehr Qualität, Zuverlässigkeit und Effizienz zusammen.

Darum muss die Stadt die finanzielle Grundlage für den **Ausbau des ÖPNV** sichern. Öffentlicher Nahverkehr auf Schiene und Straße darf nicht unter dem Gesichtspunkt der Kosten und der Rentabilität allein gesehen werden. Auch die Kosten können nicht den Kunden allein aufgebürdet werden. Erforderlich ist und bleibt die Einheit von politischer Zuständigkeit und Finanzierungshoheit des ÖPNV. Sowohl Investitionen in die Infrastruktur wie der laufende Betrieb müssen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden können. Auch die **Quersubventionen im Stadtwerke Konzern** müssen weiter erhalten bleiben, solange dies notwendig ist. Es kommt vor

allem darauf an, die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen zu erhalten oder neu zu schaffen.

Für den öffentlichen Personennahverkehr sind **Qualitätsstandards und Sozialstandards** für die Beschäftigten festzulegen. Nur gut bezahlte und qualifizierte Beschäftigte sichern die Qualität der Dienstleistung. Darum braucht der ÖPNV ausreichend Personal, die Beschäftigten wollen weitergebildet werden und sie wollen mitbestimmen. Wir lehnen Tarif- und Sozialdumping ab.

Wir erwarten, dass der Rat die Zeit bis 2009 nutzt, um in einem konstruktiven **Dialog mit der Gewerkschaft ver.di** das heutige auch als zukünftiges Nahverkehrsunternehmen zu erhalten. Dabei streben wir auch gemeinsame Zielvereinbarungen an, um Ausschreibungen – wo dies rechtlich möglich ist – auch in Zukunft überflüssig zu machen.

3.3 Ver- und Entsorgung umweltverträglich gestalten

Die Zukunft der Ver- und Entsorgung kann nicht unabhängig von Entwicklungen in Deutschland und Europa gesehen werden.

Unser Ziel ist eine **nachhaltige, umweltschonende Energieversorgung** mit hoher Ressourcenproduktivität auf dem höchsten technischen Niveau. Optimale Nutzung der heimischen Braun- und Steinkohle, Wasserkraftwerke, Kraft –Wärme Koppelung und erneuerbare Energien ermöglichen einen breiten, kostengünstigen und sicheren Energiemix. Energieeinsparung und der schonenden Umgang mit den Ressourcen sichern die Energieversorgung, fördern technologische Entwicklungen auf höchstem Niveau und sichern Arbeitsplätze.

Die Entscheidungen zur Kernenergie, zur Zukunft der heimischen Kohle aber auch die Liberalisierung der Energiemärkte haben auch die Energieversorgungsunternehmen in öffentlicher Hand vor große Herausforderungen gestellt, denen sie nur begegnen können, wenn sie faire Bedingungen für ihre Entwicklung haben und nicht gegenüber der Konkurrenz privater Energieanbieter ins Hintertreffen geraten. Die Stadtwerke müssen die Möglichkeit haben, sich in neuen Geschäftsfeldern auch jenseits der Stadtgrenzen zu betätigen.

Die Trinkwasserqualität zu erhalten ist eine der hervorragendsten Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss im öffentlichen Besitz bleiben. Beispiele aus anderen europäischen Ländern zeigen, dass privatisierte Unternehmen schlechte Qualität zu hohen Preisen anbieten und sozial Schwachen die Wasserversorgung entziehen.

Eine Liberalisierung der Wassermärkte würde einigen großen Konzernen die Macht über das Trinkwasser geben, die dann zu Lasten der Qualität, zu Lasten der Kunden und zu Lasten der Beschäftigten einzig an ihren Gewinn denken würden. Zudem birgt eine private Wasserversorgung auch große unternehmerische Risiken, wie das Beispiel des Scheiterns des Engagement in Großbritannien zeigt..

Eine qualitativ gute Wasserversorgung darf auch Kosten verursachen. Einzig technische Innovationen aber nicht Personalkosten sind der Schlüssel für Gebührensenkungen.

Die **Entsorgungswirtschaft** befindet sich in einer Krise. Die Affaire um die Kölner MVA und den Trienekens Konzern haben die Glaubwürdigkeit dieser Branche tief erschüttert. Zugleich zeigen sich jetzt die Schattenseiten von Privatisierungs- und Konzentrationsprozessen, Umwelt- und Sozialdumping. Es gibt keine ausreichende Kontrolle über den Verbleib von Abfällen. **Müllvermeidung und Recycling** werden nachrangig gegenüber ökonomischen Interessen. Es wird um Abfall gekämpft, um eigene Anlagen auszulasten.

Die Entsorgungswirtschaft in Köln muss durch professionelles und qualifiziertes Handeln, durch Zuverlässigkeit und absolute Transparenz, durch Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und Anforderungen und die Erfüllung der vertraglich zugesicherten Dienstleistungen verlorene Kompetenz und verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Die städtischen bzw. stadteigenen und von der Stadt beauftragten Entsorgungsunternehmen müssen sich durch hohe technische, ökologische und wirtschaftliche Kompetenz auszeichnen. Wir lehnen Umwelt und Sozialdumping ab und fordern die Einhaltung der sozialen und tarifvertraglichen Standards bei der Auftragsvergabe. Für die Entsorgungswirtschaft der Stadt Köln müssen die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft, der Müllvermeidung und der Kooperation mit den Nachbargemeinden zur Müllbeseitigung gelten. Man muss auch den Mut haben, Überkapazitäten abzubauen und die dort Beschäftigten bei der Müllvermeidung und im Recyclingbereich einzusetzen.

4. Bildung

4.1. Bildung fördern und vernetzen

Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft der Menschen unserer Stadt. Eine gute **Bildung ist die Grundlage für Chancengleichheit**, für den Zugang zur Arbeit, für die Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur, für Toleranz, Solidarität und die Akzeptanz demokratischer Grundwerte. Bildung ist ein lebenslanger Prozess. Gut gebildete und qualifizierte Menschen sind unverzichtbar, um Wirtschaft und Arbeitsmarkt in unserer Stadt weiterzuentwickeln.

Im Rahmen ihrer Kompetenzen kann die Stadt einen erheblichen Beitrag zur Förderung der Bildung in der Stadt leisten. Mit der **Vielfalt des Angebots** öffentlicher und freier Träger, der Schulformen, der Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung, der Fachschulen und Hochschulen bietet Köln gute Voraussetzungen, um allen Menschen die Möglichkeit zu guten Bildungsmöglichkeiten zu sichern.

Der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder bis zum dritten. Lebensjahr, die Verbesserung der Betreuungssituation in den Kindertagestätten schafft wichtige Voraussetzungen für den späteren Bildungserfolg. Sie brauchen mehr öffentliche Investitionen, die Beschäftigten mehr Anerkennung und Weiterbildung.

Vor allem Kinder aus Migrantenfamilien brauchen intensive Förderung in der deutschen Sprache wie in ihrer Muttersprache. Das Ziel ist die Integration durch die Förderung der Sprachkompetenz.

Um Schüler besser zu fördern und den gewandelten Arbeits- und Lebensformen besser gerecht zu werden, sollten möglichst viele Kölner Schulen als **Ganztagschulen** angeboten werden. Diese müssen mit ausreichenden Finanzmitteln und qualifiziertem Personal ausgestattet werden. Dabei darf es zu keiner Verschlechterung der Qualität gegenüber dem bisherigen Angebot in den Horten kommen.

Eine Verzahnung von Schulamt und Jugendhilfe ist notwendig.

Dringend beseitigt werden müssen die Baumängel an vielen Schulen. Die Container müssen in der nächsten Legislaturperiode des Rates verschwinden und durch Klassenräume, die den Anforderungen angemessen sind, ersetzt werden. So benötigen einige Schulen Versammlungsräume, Turnhallen, weitere Klassenräume. Vor allem die Berufskollegs benötigen zusätzliche Klassenräume und eine **bessere Ausstattung**.

Schon heute beteiligen sich städtische Schulen an dem Modell der Selbständigen Schule. Die Erfahrungen müssen sorgfältig ausgewertet werden. Wesentlich ist die Durchlässigkeit der einzelnen Schulformen. Schülerinnen und Schüler müssen entsprechend ihren Fähigkeiten gefördert und gebildet werden. Auch wenn die Schulhoheit beim Land liegt, kann auch die Stadt auf ein integriertes Schulsystem hinwirken, das Schulformen zusammenführt und junge Menschen je nach ihren Fähigkeiten auf die Ausbildung im Beruf oder das Studium vorbereitet.

Schulen müssen eingebettet sein in ein Netzwerk, in dem die Eltern wie die Förderer der Schule, Wirtschaft und Gewerkschaften, Bildungsverbände und Träger der Jugendarbeit und des Sports zusammenarbeiten.

Gerade in Köln müssen die Stadt, Landesbehörden, Schulen, Eltern, Wirtschaft und Gewerkschaften aber auch freie Träger eng zusammenarbeiten, um den Übergang von der Schule in den Beruf für Jugendliche, insbesondere für junge Migranten, möglichst reibungslos zu gestalten.

4.2. Aus- und Weiterbildung erweitern

Gemeinsam mit den Arbeitgebern, Kammern und den Arbeitsämtern werden die Gewerkschaften weiter im Ausbildungskonsens mitarbeiten und auch dadurch die Qualität und Auswahlfähigkeit der **Berufsausbildung** verbessern.

Arbeitgeber und Gewerkschaften, Kammern, die Schulbehörden von Stadt und Land sowie das Arbeitsamt sollen ein Netzwerk Ausbildung knüpfen, um

- den Übergang von der Schule in die Ausbildung managen,
- für eine frühzeitige Berufsorientierung und Berufsberatung zu sorgen,
- besonders auf die Vermittlung von **Schlüsselqualifikationen** und Sprachkenntnisse in den Schulen zu achten,
- zu gewährleisten, dass allen Jugendlichen ein geeigneter Ausbildungsplatz zur Verfügung steht,

- Jugendlichen mit Ausbildungshemmnissen durch anerkannte Teilqualifizierungen und besondere Hilfen eine vollwertige Ausbildung zu vermitteln und
- besonders für die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu sorgen.

Wenn es jedoch in diesem nicht gelingt, allen Jugendlichen die eine Ausbildung anstreben einen Ausbildungsplatz anzubieten, dann werden die Gewerkschaften die Initiative ergreifen, um durch einen Ausbildungsfond, in den Unternehmen, die nicht ausbilden, einzahlen müssen, die finanziellen Grundlagen für ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen sicher zu stellen.

Köln verfügt über eine vielfältige Weiterbildungslandschaft. Mit dem Netzwerk lernende Region wird die Zusammenarbeit der Weiterbildungsträger verbessert. Diese Weiterbildungslandschaft ist derzeit durch die Kürzungen im Haushalt der Bundesanstalt und das neue System der Bildungsgutscheine ebenso gefährdet wie durch den Abbau der Strukturen bei der Kölner Volkshochschule. Geschäftsstellen werden geschlossen, die Zukunft des Studienhauses am Neumarkt ist nach wie vor ungesichert.

Die übrigen Angebote der Volkshochschule sollen um 30.000 Unterrichtsstunden pro Jahr gekürzt werden. Hauptsächlich betroffen sind hierbei die Bereiche Kunst und Kultur, Gesundheit und EDV.

Die Tages- und Abendschule, die nun Teile der ehemals von der Volkshochschule erbrachten Aufgaben übernimmt, muss nach wie vor mit einem siebenstelligen Betrag bezuschusst werden.

Die kommunal verfasste Weiterbildung in Köln wird ihre Angebote ungewöhnlich stark reduzieren müssen. Für viele Beschäftigte ist mit dem Verlust des Arbeitsplatzes in der Weiterbildung zu rechnen und die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt werden nicht mehr wohnortnah Zugang zu vielfältigen Weiterbildungsangeboten haben.

Eine vielfältige und öffentlich geförderte Weiterbildungslandschaft ist unverzichtbar. Auch wenn Weiterbildung – die berufliche wie die allgemeine Weiterbildung etwas kosten kann, so darf der Zugang zu Information und Wissen nicht vom Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger abhängen.

5. Die Stadt als Lebens- und Kulturraum

Stadtentwicklung muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Dazu gehören Arbeiten, Wohnen, Lernen, Freizeit und Erholung. Die zahlreichen, noch aus dem 2. Weltkrieg stammenden Baulücken, müssen geschlossen werden und als bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehen. So wird auch die Innenstadt als Wohn- und Lebensraum neu belebt.

Zum Erhalt und der Verbesserung von städtischer **Lebensqualität** müssen Parks und Grünanlagen, die einen wichtigen Erholungs- und Kommunikationsraum darstellen, gepflegt und erhalten werden, so dass sie für Bürger aller Altersgruppen attraktive Treffpunkte werden.

Kultur und Bildung gehören zusammen. Darum müssen die **vielfältigen kulturellen Angebote** Museen, Theater, Musik, Konzertsäle, Musikschulen Bibliotheken und

Archive, die Unterschiedlichen Veranstaltungsangebote mit einer Vielzahl unterschiedlicher institutioneller und privater Träger erhalten werden. Dabei müssen auch neue Wege gesucht werden. hierzu gehört vor allem eine weitgehende Vernetzung und verstärkte Kooperation aller Institutionen im Kulturbereich. So haben beispielsweise Oper und Musikschule vom Auftritt der Musikschule in der Oper profitiert. Wünschenswert wären ähnliche Projekte dieser Art.

Kulturelle Angebote prägen das Außenbild der Stadt und tragen zum unverwechselbaren Gesicht und Lebensgefühl der Stadt bei. **Kommunale Kulturpolitik**, die sowohl die Interessen und Bedürfnisse der eigenen Bürger im Blick hat als auch die Ausstrahlung der Stadt nach Außen steigern will, muss alle angesprochenen Aspekte berücksichtigen. Dabei sollten insbesondere spezielle jugendspezifische Angebote fester Bestandteil der Kulturpolitik werden. Der Zugang aller Bürger zu den kulturellen Einrichtungen muss verbessert werden, sowohl in Hinblick auf die Öffnungszeiten als auch auf die Bezahlbarkeit

.Das kulturelle Angebot der Stadt ist ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor, der Besucher in die Stadt zieht und somit auch Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich schafft. Investitionen in kulturelle Angebote wirken nach Außen und Innen. Kulturelle Angebote zentral oder **dezentral in den Stadtteilen** tragen zur Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt bei und fördern Selbstbewusstsein und Zusammengehörigkeitsgefühl.

Die Vielfalt von Lebensweisen ist in Kunst und Kultur besonders erfahrbar. Deshalb ist ein wichtiges Handlungsfeld auch die Förderung der Kunst und Kultur von Migrantinnen und Migranten.

Für die Finanzierung von Ausstellungen und Veranstaltungen muss verstärkt auch auf private Sponsoren zugegangen werden. Die Planung und Abstimmung von kulturellen Events sollte auch mit anderen Städten der Region stattfinden. Die Voraussetzungen und Bedingen (Infrastruktur) sind gerade im Rheinland – z.B. Düsseldorf und Bonn) hervorragend und könnten Wirkung für die gesamte Region entfalten.

6. Köln die soziale Stadt – die Stadt der Bürgerinnen und Bürger

6.1. Sozialen Zusammenhalt stärken

Der Gegensatz von Arm und Reich, von Wohlstand und Armut prägt die Gesellschaft auch unserer Stadt. Strukturwandel und langanhaltende Arbeitslosigkeit lassen die Lebensbedingungen der Menschen in vielen Stadtteilen auseinanderdriften.

Um den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt zu stärken, muss **das vielfältige Netz öffentlicher Einrichtungen, freier und privater Träger**, von Jugend –und Wohlfahrtsverbänden, von Initiativen und Organisationen **erhalten** und gestärkt werden. Fördermittel müssen sinnvoll eingesetzt werden. Dort, wo Mittel gekürzt werden, muss ein soziales Ranking der Stadtviertel und Problembereiche dafür sorgen, dass gerade dort die Strukturen erhalten bleiben, wo ein besonders hoher Bedarf besteht. Niemand darf am Rande stehen oder ausgegrenzt werden.

Vor allem die **Integration von Menschen mit Migrationshintergrund** – ob mit oder ohne deutschen Pass – ist eine zentrale Aufgabe der Stadt, der Wirtschaft und der Gesellschaft. Migrantinnen und Migranten haben zum Reichtum unserer Stadt beigetragen und sie bereichern unsere Stadt.

Im Köln des Jahres 2015 wird jeder vierte Einwohner eine Migrationsgeschichte haben. Aber gerade hier verhindern mangelnde Qualifizierung und zum Teil immer noch schlechte Wohnverhältnisse und Lebensbedingungen die Integration in unsere Gesellschaft. Darum müssen Beschäftigungsförderung, Qualifizierung und Integration miteinander verbunden werden.

Sozialer Zusammenhalt lebt vom Engagement, von der Solidarität, auch von finanziellen Beiträgen vieler Menschen. Dieses Engagement ist unverzichtbar aber es kann die öffentliche Verantwortung und die Gewährleistung für gleiche und menschenwürdige Lebensbedingungen nicht ersetzen. Beides muss sich sinnvoll ergänzen.

6.2. Bürgerinnen und Bürger beteiligen

Rat und Verwaltung tragen die Verantwortung für die Stadt und sie haben als politisch vom Wähler legitimierte Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger das Entscheidungsrecht. Aber in einer modernen Kommune wird die **Beteiligung** engagierter und kompetenter **Bürgerinnen und Bürger** immer wichtiger. Wer ehrenamtliches Engagement verlangt und fördert, muss auch Beteiligung an den Entscheidungen wollen und fördern.

Eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger kann die Qualität der politischen Entscheidungen verbessern, sie kann auch durch mehr Information mehr Verständnis wecken für kommunalpolitische Entscheidungsprozesse und ihre objektiven Rahmenbedingungen. Partnerschaft unter Wahrung der Verantwortung ist keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung der städtischen Politik.

Gerade in den letzten Jahren haben sich neue Formen der Bürgerbeteiligung herausgebildet. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid werden in immer mehr Kommunen genutzt, um politische Weichenstellungen zu beeinflussen. Dabei müssen die gesetzlichen Grundlagen deutlich verbessert werden. Es kann nicht sein, dass wie im Falle des Bürgerbegehrens gegen den GAG / Grubo Verkauf mit hohen Hürden und formalrechtlichen Vorwänden Begehren abgeschmettert werden.

Bürgerbeteiligung beginnt in der Stadtverwaltung selbst. Die Beschäftigten, ihre Personal- und Betriebsräte und ihre Gewerkschaft wollen und müssen an der Ausgestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge beteiligt werden. Die Weiterentwicklung und Modernisierung des „Konzerns Stadt“ geht nur mit und nicht gegen die Beschäftigten.

Die **unterschiedlichen „Lebenszeiten“** der Stadtteile – Öffentliche Ereignisse, Gastronomie, Ruhezeiten, Feiertage usw. sollten durch Zeitbüros in den einzelnen Stadtteilen miteinander verhandelt werden.

Bürgerbeteiligung fordert vor allem mehr Transparenz und Information. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Informations- und Beteiligungsrechten der Einwohner schlagen die Gewerkschaften ein Bürgerforum für die Stadt und bei Bedarf für die Stadtbezirke vor, auf dem die Entscheidungsträger von Rat und Verwaltung ihre mittelfristigen Planungen erläutern und zur Diskussion stellen, sowie Anregungen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger aufnehmen.

Dabei werden natürlich auch unterschiedliche Interessen und Meinungen zum Ausdruck kommen. Aber durch mehr Beteiligung und Öffentlichkeit und damit mehr Transparenz wird die demokratische Kultur gestärkt.